

**Pressemitteilung:**

## **Gehälterabkommen und Gehälterreform – was wird gespielt?**

Am 15. Juli 2011 haben Regierung und CGFP zwei Abkommen unterzeichnet; das eine ist das Gehälterabkommen für die Jahre 2011-2013, und das zweite betrifft eine umfassende Reform von Laufbahnen und Statut. Während das Gehälterabkommen nicht einmal zum Inflationsausgleich genügt, wird die Reform der Laufbahnen und Statut – mit Kürzung der Entschädigung während der Stage-Zeit, verlängerter Stage-Zeit für alle neuen Beamten, einem subjektiven Bewertungssystem für alle öffentlichen Bediensteten – dauerhaft negative Auswirkungen auf den gesamten öffentlichen Dienst mit sich bringen.

Jetzt verlangt die Regierung, unter dem Vorwand klammer Staatskassen, ein Aussetzen des Gehälterabkommens um zwei Jahre. **Eigentlich wäre man geneigt zu sagen, die Regierung solle beide Abkommen vergessen. Doch wäre dies sicherlich das falsche Zeichen gegenüber einer Regierung, die jeden Vorwand benutzt um die Beschäftigten zu schröpfen.** Deshalb wehren wir uns gegen das Aussetzen des Gehälterabkommens und fordern hingegen das Neuverhandeln der Reform von Laufbahnen und Statut, und zwar mit allen repräsentativen Gewerkschaften des öffentlichen Sektors.

Durch die Indexmanipulationen gehen allen Beschäftigten während der Periode von 2006 bis 2012 monatlich 2,5% ihres realen Einkommens verloren. Die im Gehälterabkommen vorgesehene Erhöhung des Punktwertes von 2,2% ab 1.1.2013 genügt also nicht einmal um den erlittenen Kaufkraftverlust künftig auszugleichen.

Mit ihrer Forderung, das Gehälterabkommen um zwei Jahre auszusetzen, will die Regierung vor allem eins klarstellen: Nicht einmal mehr die realen Kaufkraftverluste sollen in Luxemburg kompensiert werden, von Realloohnerhöhungen ganz zu schweigen!

Und dies soll beileibe nicht nur den öffentlichen Dienst betreffen. Mit dieser Forderung will die Regierung – unterstützt von (fast) allen politischen Parteien – ein Zeichen für alle Beschäftigten setzen: **die Schuldenkrise als Vorwand zur Kürzung der Einkommen aller Beschäftigten.** Die wirklichen Verursacher der Krise hingegen bleiben ungeschoren!

Wir jedenfalls lehnen das Aussetzen des Gehälterabkommens ab und verlangen dessen Umsetzung, nicht weil es besonders gut ist, sondern weil dessen Aussetzung das falsche Signal wäre.

**Wir kämpfen gegen Reallohnverluste der Beschäftigten und schlagen den anderen Gewerkschaften vor, uns gemeinsam gegen die geplante Aussetzung des Gehälterabkommens zu wehren.**

Und zwar im Interesse aller Beschäftigten. Reallohnverluste bei den öffentlichen Bediensteten werden noch drastischere Einsparungen im Privatsektor zur Folge haben.

*Mitgeteilt vom FNCTTFEL-Landesverband am 26. April 2012*